

US-Truppen-Aufmarsch am Golf

Eine Bodenoperation in Iran wäre hochriskant

ANDREAS RÜESCH

Fast täglich wechselt der amerikanische Präsident Donald Trump im Iran-Krieg zwischen militärischen Drohungen und Zuversicht über eine diplomatische Einigung. Einmal stellt er den Iranern die totale Zerstörung ihrer Elektrizitätswerke in Aussicht, dann wieder findet er lobende Worte für das angeblich «vernünftiger» Regime, das nun in Teheran an der Macht sei. Was Trump vorhat, lässt sich aus seinen verwirrenden Äusserungen kaum ergründen.

So lohnt es sich, das politische Grundrauschen auszublenden und auf die militärischen Realitäten zu blicken. Zu diesen gehört, dass die Amerikaner und Israeli den Gegner mit 20 000 Luftangriffen innerhalb eines Monats schwer getroffen haben, aber derzeit gegen die starke Beeinträchtigung der Erdöltransporte durch die Strasse von Hormuz wenig ausrichten können. Zu den militärischen Fakten zählt allerdings auch, dass die USA Bodentruppen in die Region verlegen – heimlich, aber durch «Leaks» im Pentagon sowie unabhängige Recherchen gut verfolgbar.

2200 Marineinfanteristen sind bereits im Arabischen Meer angekommen, eine ähnliche Zahl befindet sich auf dem Weg. Im Gang ist auch die Verlegung von mehreren tausend Angehörigen der Luftlandtruppen. Hinzu kommen Spezialkräfte

wie die Army Rangers und Navy Seals, die für besonders heikle Kommandoaktionen ausgebildet sind. Offiziell hat die Regierung Trump stets beteuert, keine «boots on the ground» – keine Militäraktion an Land – vorzusehen. Das diente zur Beruhigung der Öffentlichkeit. Doch die Verlegung von Bodentruppen spricht eine andere Sprache. Trump will sich offenkundig zumindest die Option verschaffen, an Land zuschlagen zu können.

Entsprechende Gedanken verhehlt der Präsident nicht einmal. In einem Interview sagte er diese Woche, dass seine bevorzugte Variante wäre, Irans Öl in Besitz zu bringen, unter anderem mit der Eroberung der Insel Kharg. Dort werden 90 Prozent der iranischen Erdölexporte abgewickelt. Ein Video bezeugt, dass ihn dieselbe Idee schon vor vier Jahrzehnten umgetrieben hatte.

Doch Bodenoperationen sind ungleich riskanter als ein Luftkrieg, wie ihn die Amerikaner derzeit führen. Vor jeder Bodenoperation muss das Pentagon daher die zentrale Frage klären, welche Ziele überhaupt erreicht werden sollen. Das Szenario einer Besetzung von Kharg wird in der Öffentlichkeit hochgekocht, ohne dass die entsprechenden Antworten mitgeliefert würden. Gewiss: Die Eroberung selber würde den Marines voraussichtlich schnell gelingen. Nach Einschätzung des früheren Central-Command-Befehlshabers Joseph Vo-

tel genügte dafür 800 bis 1000 Mann. Aber es ist schwer erkennbar, was damit erreicht wäre. Weder würde dies das Regime in Teheran zur Kapitulation zwingen, noch könnten die USA so die Blockade der Strasse von Hormuz aufbrechen.

Trump würde einzig sicherstellen, dass die Iraner praktisch kein Erdöl mehr exportieren können. Doch dafür braucht es keine Bodenoperation. Mit ihrer Navy wäre es für die Amerikaner bereits jetzt ein Leichtes, alle iranischen Tanker bei der Durchfahrt ins Arabische Meer zu stoppen. Die USA tun es nicht, weil sie – paradoxerweise – zur Dämpfung der Preisexplosion das iranische Öl auf dem Weltmarkt benötigen. Mit Exporten von 1,8 Millionen Fass pro Tag liegen die iranischen Erdölverkäufe im März sogar um 8 Prozent höher als 2025 – ein von Washington geduldeter Segen für die Teheraner Staatskasse.

Was also haben die USA wirklich vor? Die Besetzung von Kharg könnte dann einen Sinn ergeben, wenn die Amerikaner diese Insel als Faustpfand für Verhandlungen mit Teheran einsetzen wollen. Aber eine ständige militärische Präsenz auf diesem nur 30 Kilometer vom Festland entfernten Territorium wäre mit erheblichen Risiken verbunden. Iranische Artillerie oder Drohnen könnten den amerikanischen Truppen herbe Verluste zufügen. Gefährdet wären auch die Versorgungsschiffe auf der Route durch den Persischen Golf.

Noch riskanter wären zwei weitere Optionen, über die im Zusammenhang mit dem amerikanischen Truppenaufbau spekuliert wird: erstens die Besetzung von iranischen Küstengebieten, um die Strasse von Hormuz zu sichern, und zweitens eine Kommandoaktion auf einer der iranischen Atomanlagen. Letzteres ist in Washington im Gespräch, weil Iran noch immer über 440 Kilogramm hochangereichertes Uran verfügt, was bei weiterer Anreicherung für bis zu zehn Atombomben reichen würde.

Das gasförmige Material befindet sich mutmasslich in einer verschütteten Felskaverne bei Isfahan, im Zentrum Irans. Der Gedanke, das Atomproblem mit einer Luftlandeoperation auf einen Schlag beseitigen zu können, mag verführerisch sein. Aber der Einsatz von Sondereinheiten Hunderte von Kilometern tief in Feindesland wäre in der jetzigen Lage wohl tollkühn – zumal die Amerikaner oder Israeli zuerst aufwendig die Zugänge zu der unterirdischen Anlage ausbaggern müssten und die Iraner längst gewarnt sind.

Nüchtern betrachtet, sind die amerikanischen Marines, Luftlandesoldaten und Spezialkräfte derzeit vor allem ein Teil der Drohkulisse und später allenfalls ein Mittel, um die Schifffahrt durch die Strasse von Hormuz abzusichern. Hat Trump hingegen allen Ernstes vor, iranisches Territorium zu besetzen, geht er ein unkalkulierbares Wagnis ein.

Wertverluste beim Edelmetall

Gold taugt nicht als Krisenschutz

THOMAS FUSTER

Es glänzt, rostet nicht, und seine Farbe erinnert ans Sonnenlicht. Dem Gold werden seit Menschengedenken fast schon magische Qualitäten zugeschrieben. Vielen gilt das schwer zu fälschende und weltweit akzeptierte Edelmetall auch als besonders wertbeständige Währung, die Stabilität in instabilen Zeiten verspricht. Doch gar so krisensicher ist das seltene Element nicht. Das haben die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten gezeigt. So ist der Wert von Gold ebenso eingebrochen wie jener von Aktien.

Seit Beginn der amerikanisch-israelischen Angriffe gegen Iran hat der Goldpreis um rund 15 Prozent nachgegeben. Das ist ein doppelt so starker Rückgang, wie er im gleichen Zeitraum bei amerikanischen Aktien registriert wurde. Wer bei Kriegsbeginn darauf zählte, dass nun viele verängstigte Investoren ihr Geld in den «sicheren Hafen» des Goldes umleiten und auf diese Weise den Goldpreis stützen, sieht sich eines Besseren belehrt. Der Konflikt in Nahost hat Gold im Tandem mit anderen Anlageklassen abstürzen lassen. Der erhoffte Diversifikationseffekt blieb aus.

Einmal mehr zeigt sich: Anleger sollten sich von den Mythen rund ums Gold nicht blenden lassen. Zwar steht das Edelmetall in dem Ruf, in Zeiten glo-

baler Verunsicherung stark nachgefragt zu werden. Der Blick in die Vergangenheit zeigt aber ein anderes Bild. So reagiert Gold in kurzer Frist oft mit Kursverlusten auf Schocks. Das war in der Finanzkrise nach dem Kollaps von Lehman Brothers der Fall. Ebenso nach der Ausrufung der Covid-Pandemie. Und auch nach Donald Trumps Ankündigung hoher Zölle am «Liberation Day» vor rund einem Jahr.

Gewiss, diese Krisen sind schwer vergleichbar, für jedes Ereignis gelten besondere Umstände. So hat die jüngste Formschwäche des Goldes auch damit zu tun, dass sein Preis vor Ausbruch des Iran-Kriegs stark gestiegen war und eine Korrektur in der Luft lag. Auch setzt dem Goldpreis zu, dass seit Ausbruch des Nahostkonflikts der Dollar als Leit- und Fluchtwährung wieder an Bedeutung gewonnen hat. Dennoch, die diversen Episoden machen deutlich: Gold ist kein zuverlässiger Schutz vor Vermögensverlusten in Krisenzeiten.

Ein wichtiger Grund dafür: Wenn es an den Finanzmärkten unruhig wird, geht es in aller Regel nicht um Sicherheit, sondern um Liquidität. Wenn Kurse fallen und Verluste gedeckt werden müssen, brauchen Investoren schnell viel Cash – dies vor allem im Falle schuldenfinanzierter Anlagen. Also wird verkauft, was zu einem vernünftigen Preis verkauft werden kann – und das war jüngst nicht zu-

Wenn es an den Finanzmärkten unruhig wird, geht es in aller Regel nicht um Sicherheit, sondern um Liquidität.

letzt Gold. Darin liegt die Paradoxie des Goldes: Es gilt in Krisen zwar als Sicherheit, wird in ebendiesen Krisen aber oft abgestossen – quasi als letztes liquides Wertobjekt.

Enttäuscht wird zudem, wer Gold im Portefeuille hält, weil er in diesem archaischen Vermögenswert ein Gegenmodell zum modernen und krisenanfälligen Finanzsystem sieht. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt sich momentan. So verliert Gold auch deshalb an Wert, weil die steigenden Erdölpreise mit der Gefahr steigender Inflationsraten und Leitzinsen verbunden sind. Denn bei steigenden Zinsen fliesst Geld verstärkt in festverzinsliche Wertpapiere – nicht aber in Gold, das (im Unterschied zu Obligationen) keinen Zins und (im Unterschied zu Aktien) auch keine Dividenden abwirft.

Die jüngsten Ereignisse zeigen: Gold ist tief eingebettet ins moderne Finanzsystem und in dessen Logik. Wird dieses System erschüttert, rumpelt es auch beim Gold. Damit sollen Goldanlagen nicht schlechtgeredet werden. Es ist sinnvoll, einen Teil des Geldes in einen Vermögenswert zu investieren, der – anders als Papiergeld – nicht beliebig vermehrt werden kann. Diese natürliche Knappheit ist dem langfristigen Werterhalt förderlich. Doch wer von Gold auch einen kurzfristigen Krisenschutz erwartet, überschätzt die Magie des Metalls.

Die SVP und der Preis ihres Erfolgs

Blochers Geister demontieren, was er retten wollte

CHRISTINA NEUHAUS

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hält die SVP in den kantonalen Parlamenten mehr als 600 Sitze. Seit den nationalen Wahlen 2023 hat die Partei in den Kantonen fast nur gewonnen. Geht es so weiter, kommt sie bei den Nationalratswahlen 2027 erstmals auf über 30 Prozent. Die Bilanz der meisten anderen Parteien ist schlecht. FDP, Mitte, Grüne und Grünliberale haben in den Kantonen mehr Sitze verloren als gewonnen. Nur die SP konnte zulegen. Die andere Polpartei.

Die Polarisierung steht in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der SVP. Als Christoph Blocher 1977 Präsident der Zürcher Kantonalpartei wurde, war er 37 Jahre alt, seit zehn Jahren verheiratet und von Beruf Chefjurist der Emser Werke. Die SVP war damals eine Kleinpartei, die nur drei Themen kannte: Landwirtschaft, Militär und Finanzen. Bei den nationalen Wahlen 1975 war sie unter 10 Prozent gefallen. Ihr drohte der Abstieg.

Blocher errang das Zürcher Parteipräsidium in einer Richtungswahl. Sein Konkurrent vertrat den liberal-progressiven Flügel, Blocher den liberal-konservativen. Der damals 16-jährige Christoph Mörgeli, der Jahre später Blochers Chefstrategie werden sollte, schrieb in einem Leserbrief, er sei die falsche Wahl gewesen.

Auf Bildern aus dieser Zeit sieht Blocher mindestens zehn Jahre älter aus. Er raucht Pfeife und trägt manchmal einen Pullunder über einem Hemd. Sechs Jahre zuvor hatte Max Frisch Wilhelm Tell dekonstruiert. Bei ihm wurde der Schweizer Nationalheld zu einem ungehobelten, ausländerfeindlichen Bauernflegel, der aus Undankbarkeit mordete.

Frisch litt am Kleinstaat, Blocher lebte ihn. Er liess die Mythen, die die staatsmüde Kriegs- und die 68er Generation zerlegt hatten, wiederaufleben: Wilhelm Tell, Niklaus von Flüe, die Schlacht von Marignano. Blocher hat den Nationalstaat schon beschworen, als sich das in Deutschland oder Italien nicht einmal die äusserste Rechte traute. Unter ihm bediente die SVP gezielt das Bild einer exklusiven schweizerischen Identität, die vor Zuwanderung, Globalisierung und Heimatmüdigkeit geschützt werden soll.

Der grosse Durchbruch gelang ihm 1992 mit dem Nein zum EWR-Vertrag. Gemeinsam mit gleichgesinnten Freisinnigen hatte er das Unmögliche geschafft. Es war der Anfang des Zerfalls der grossen FDP und der Beginn des SVP-Siegeszugs in den katholischen Stammlanden. Blocher war im Vorfeld der Abstimmung durch das ganze Land getingelt. Als Protestant fürchtete er sich ein wenig vor den Auftritten in der Zentralschweiz. Doch als die jungen Bauern bei einer Veranstaltung in Stans

auf die Sprossenwand der Mehrzweckhalle kletterten, um besser sehen zu können, wusste er, dass die Abstimmung zu gewinnen war.

Danach ging es für die SVP stetig bergauf. Ihren Erfolg verdankt sie ihrem Gründervater und den Methoden des gezielten Dauerwahlkampfes, den sie perfektionierte. Die SVP wettete gegen Linke und Nette, rote und grüne Filzläuse, ausländische Messerstecher, die neuen Gessler und die Landesverräter. Kaum ein Wort war ihnen grob genug. Ihre Botschaft ist stets dieselbe: Nur die SVP bewahrt die Schweiz vor der globalisierten Elite und der Classe politique.

An der Urne zahlt sich das aus. Schon 1999 war die SVP die Partei mit dem grössten Wähleranteil. 2015, im Jahr der grossen Flüchtlingskrise, verfehlte sie die 30-Prozent-Marke nur knapp. Blochers SVP gewinnt auch deshalb, weil sie Misstrauen sät. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft zum Funktionieren der globalisierten Elite ist mehr als ein Drittel der SVP-Basis nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden damit, wie die Demokratie in der Schweiz funktioniert. Das hat viel mit der Massnahmenpolitik der Pandemiejahre zu tun. Und es hat noch mehr mit der SVP zu tun. Denn der Erfolg der Partei hat einen Preis. Das zeigte sich schon bei der Wahl Christoph Blochers in den Bundesrat 2003 und noch deutlicher

bei seiner Abwahl vier Jahre später. Beim Einzug des SVP-Vordenkers in die Landesregierung zahlte die CVP den Preis mit der Abwahl ihrer jungen Bundesrätin Ruth Metzler. Vier Jahre später schlug das System zurück. Christoph Blocher wurde Opfer eines Komplotts von links. In der Folge radikalisierte sich die Partei noch mehr.

Die Folgen für die Konkordanz sind unübersehbar. Kompromisse sind immer seltener möglich, der Bürgerblock ist gespalten, und die SVP treibt mit ihrem polemischen Dauerwahlkampf alle anderen Parteien vor sich her. Die erste, die sich kampagnentechnisch bei der Volkspartei bediente und auf Dauerempörung setzte, war die SP. Das zahlt sich, wie die gegenwärtige Bilanz zeigt, aus. Als dritte Partei reagierte die Mitte unter ihrem damaligen Präsidenten Gerhard Pfister. Sie betrieb einen ausgeprägten Sozialpopulismus und bedrängte die FDP, wo sie nur konnte. In der Folge änderte sogar der vornehme Freisinn seinen Ton. Die Botschaften wurden knapper, und mittlerweile vergeht kaum eine Woche, ohne dass die FDP eine Petition lanciert oder eine empörte Medienmitteilung absetzt. Es ist Blochers persönliche Tragik. Er wollte restaurieren, was Kleinstaat-Verächter wie Max Frisch dekonstruiert hatten. Nun muss er zusehen, wie die Geister, die er selbst gerufen hat, ein System demontieren, das er retten wollte.